

Initiative «Grüne Wirtschaft» – Fluch oder Segen?

In rund sechs Wochen entscheiden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Initiative «Grüne Wirtschaft». Die grüne Gemeinderätin Franziska Teuscher und Kurt Lanz von Economiesuisse kreuzen die Klinge.

Am kommenden 25. September kommt die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» der Grünen Partei Schweiz zur Abstimmung. Das Ziel der Initianten: Der ökologische Fussabdruck der Schweiz soll bis ins Jahr 2050 von heute drei auf eine Erde reduziert werden (siehe Kasten). Bei einer Annahme der Initiative wären auch Städte und Gemeinden massgeblich von der Umsetzung betroffen. Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) wird keine Parole fassen. Den indirekten Gegenvorschlag – die Revision des Umweltschutzgesetzes –, der nach langen Debatten in den eidgenössischen Räten abgelehnt wurde, hatte der SGV unterstützt. Der SGV setzt sich für einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen ein. Städte und Gemeinden spielen insbesondere beim Recycling eine zentrale Rolle.

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse bekämpft die Initiative «Grüne Wirtschaft». Im Streitgespräch legen Franziska Teuscher, Gemeinderätin der Stadt Bern und ehemalige Co-Vizepräsidentin der Grünen Partei Schweiz, und Kurt Lanz, Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse, ihre Argumente dar.

«Schweizer Gemeinde»: Frau Teuscher, müssten umweltpolitische Herausforderungen nicht in enger Zusammenarbeit auf internationaler Ebene angegangen werden?

Franziska Teuscher: Es ist richtig, dass sich die Staatengemeinschaft möglichst breit abgestützt auf gleiche Ziele ein-schwört. Das hat man bei den verschiedenen Klimakonferenzen gesehen, bei denen man sich im letzten Jahr in Paris auf das 2-Grad-Ziel geeinigt hat. Aber die Umsetzung in jedem Umweltbereich findet vor Ort statt, da sind auch die Gemeinden gefordert.

Kurt Lanz: Die Diskussion zur Initiative und auch zum indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates verläuft zu un-differenziert und ist zu konfus. Es gibt



lokale Umweltemissionen, denen man sehr gut mit nationalen Massnahmen begegnen kann. Das wird aber vermischt mit internationalen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder mit dem Thema Knappheit von Ressourcen. Die Schweiz ist eines der ressourcenärmsten Länder der Welt. Die meisten Ressourcen kommen aus dem Ausland und werden zu einem grossen Teil auch dort verarbeitet. Mehr als die Hälfte der Produkte, die wir in der Schweiz konsumieren, sind im Ausland hergestellt worden. Deshalb können wir dort gar nicht ansetzen. Sonst müsste es eine Initiative «Grüner Konsum» sein.

Teuscher: Das ist ein Trugschluss. Gerade weil die Schweiz ein so ressourcenarmes Land ist, haben wir – und damit meine ich auch die Schweizer Wirtschaft – ein grosses Interesse daran, dass wir schonend mit den Ressourcen umgehen, dass wir sie wiederverwerten und in Kreisläufe bringen. Denn wir wissen: Fast jede Ressource ist endlich, und die Weltbevölkerung steigt. Zudem sollen Schwellen- und Entwicklungsländer auch Anteil an mehr Wohlstand haben, das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Es gibt noch viel Optimierungspotenzial, ich gebe Ihnen ein Beispiel: Phosphor ist ein unverzichtbarer Nährstoff für unsere Landwirt-

PET-Flaschen-Sammlung: Mit der Initiative «Grüne Wirtschaft» soll das Prinzip der Kreislaufwirtschaft in der Bundesverfassung verankert werden.

Bild: Paul-Georg Meister/pixelio.de



schaft. Er ist eine nicht erneuerbare Ressource, die Vorräte sind in absehbarer Zeit erschöpft. Der Phosphor in unserem Abfall wird aber kaum wiederverwertet, und das ist unverzeihlich. Ein solch unverzichtbares Gut muss doch wiederverwendet werden.

Lanz: Da bin ich fast gleicher Meinung. Ich finde auch, dass der schonende – und wenn man es unternehmerisch ausdrückt: der effiziente – Umgang mit Ressourcen eine wirtschaftliche Chance ist. Das ist aber genau der Grund für unser Unverständnis: Die Schweiz gilt beim Ressourcenverbrauch weltweit als effizien-

testes Land, die Schweizer Unternehmen setzen die Ressourcen am schonendsten ein. Beim EU-Benchmark wird unserem Land innerhalb der untersuchten Länder die höchste Ressourceneffizienz attestiert. Von dem her können andere Länder viel von uns lernen. Diesen Weg sollten wir weitergehen.

Teuscher: Wir gehen ja nicht einen neuen Weg. Wir haben in der Schweiz eine gute Basis: Die Bevölkerung ist gegenüber dem Umweltschutz sehr offen eingestellt, es wird Recycling betrieben, wir haben eine nachhaltige Waldwirtschaft. Es ist aber auch eine Tatsache, dass wir aktuell so viele Ressourcen verbrauchen, wie wenn wir drei Erden hätten. Wir haben aber nur eine, und zu dieser müssen wir für die kommenden Generationen Sorge tragen. Es ist doch ein Gebot der Stunde, zu sagen: Wir haben beim Ressourcenverbrauch ein reales Problem, und dafür wollen wir eine Lösung finden. Finnland zum Beispiel hat einen klaren Zielpfad festgelegt zur Verminderung des Ressourcenverbrauchs, wie ihn die Initiative für eine Grüne Wirtschaft vorsieht. Beim Recycling haben uns andere Länder bereits überholt. Wir produzieren pro Person extrem viel Abfall. Jeder Abfall, den man produziert, ist Ressourcenverschleuderung.

Lanz: Das ist nicht wahr, in der Schweiz landet nichts auf Deponien, und der Abfall wird vorbildmässig verwertet – entweder recycelt oder für die Stromgewinnung genutzt. Wenn es hingegen um ein Knappheitsproblem geht, ist es absurd, diesem durch politische Selbstbeschränkung zu begegnen. Heute haben nur Länder wie Pakistan oder Afghanistan einen «Fussabdruck» von eins – und diesen Lebensstandard möchten wir in der Schweiz sicher nicht.

Teuscher: Das ist polemisch! Ich glaube an die Entwicklung und Innovationskraft der Forschung und der Wirtschaft. Die Schweizer Wirtschaft ist in vielen Bereichen sehr gut aufgestellt: im Cleantech-Bereich, bei der Innovation. Die Schweiz ist ein Forschungsstandort.

Lanz: Das soll sie auch bleiben.

Teuscher: Genau das wollen wir mit der Initiative stärken. Es ist nicht das Ziel, ins Agrarzeitalter zurückzugehen. Die Initiative sieht vor, die Forschung und Innovation zu fördern. Für mich geht es aber auch um Gerechtigkeit. Warum dürfen wir dreimal so viele Ressourcen verbrauchen, wie uns eigentlich global zustehen würden?

Lanz: Ich habe die gleiche Überzeugung bezüglich Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft, die es übrigens besser macht als alle anderen. Wir haben heute schon eine weitgehende Kreislaufwirtschaft. International wird als Abfall verstanden, was man am Schluss auf eine Deponie wirft und dort liegen lässt. In der Schweiz gibt es das nicht. Hier wird recycelt und alles, was nicht recycelt wird, wird energetisch genutzt. Hinzu kommt, dass die Initiative bei den Unternehmen und bei der Produktion ansetzt. Wenn die Unternehmen in der Schweiz schlechtere Bedingungen haben, sind sie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig.

«Schweizer Gemeinde»: Die Schweiz ist allerding's Europameister bei der Abfallproduktion.

Teuscher: Pro Person und Jahr werden in der Schweiz 729 Kilogramm Siedlungsabfälle produziert.

Lanz: Was alles stofflich oder energetisch verwertet wird.

Teuscher: Das ist nicht die beste Lösung. Wir müssen schauen, dass man nicht Sachen verbrennt, die man noch brauchen kann. Deshalb müssen wir reparie-

Was die Initiative will

Mit der Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» wollen die Grünen den Ressourcenverbrauch in der Schweiz senken und geschlossene Stoffkreisläufe fördern. Heute verbraucht die Schweiz viel mehr Ressourcen als im gleichen Zeitraum nachwachsen. Würde sich die gesamte Erdbevölkerung so verhalten, bräuchte es rund drei Erden. Die Initiative fordert als langfristiges Ziel für 2050 einen ökologischen Fussabdruck der Schweiz, der auf die Weltbevölkerung hochgerechnet eine Erde nicht überschreitet. Der Bundesrat legte einen indirekten Gegenvorschlag in Form einer Revision des Umweltschutzgesetzes vor. Doch dieser scheiterte – nach langem Seilziehen – im Parlament. Der Bundesrat empfiehlt die Initiative «Grüne Wirtschaft» zur Ablehnung. Der Nationalrat hat sich mit 129 zu 61 Stimmen, der Ständerat mit 31:13 Stimmen gegen die Initiative ausgesprochen. *pb*

Informationen:

www.tinyurl.com/wortlaut-initiative

ren und recyceln. Nehmen wir das Beispiel Nahrungsmittel. In der Schweiz wird ein Drittel der produzierten Nahrungsmittel weggeworfen – eine unvorstellbare Ressourcenverschwendung! Was bei der Industrie nicht an Abwärme genutzt wird, ist auch schade. Deshalb: Machen wir – jedes Unternehmen in der Schweiz und die Bevölkerung – uns gemeinsam auf den richtigen Weg, nämlich unseren Ressourcenverbrauch auf ein Mass zu reduzieren, das auf die Weltbevölkerung hochgerechnet eine Erde nicht überschreitet. Das ist eine grosse Chance für die Wirtschaft.

Lanz: In kaum einem anderen Land nutzen die Unternehmen die Abwärme besser als in der Schweiz. Es kann sein, dass es künftig noch Steigerungsmöglichkeiten gibt, und die wird man auch nutzen. Das Gleiche gilt für das Recycling. Economiesuisse engagiert sich aktuell im sogenannten Ressourcentrialog mit der Abfallwirtschaft und mit Umweltverbänden. Da prüfen wir auch Verbesserungsmöglichkeiten, beispielsweise im Bereich der Kunststoffsammlung. Da zeigt sich, dass die Zusammenhänge komplizierter sind und unklar ist, was für die Umwelt besser ist. Jeder separate Sammelbehälter, jede separate Fahrt, um einzusammeln, und jede zusätzliche Auf-

bereitungsanlage ist auch eine Umweltbelastung. Sicher müssen wir aber laufend die Technologien weiterentwickeln und neue Möglichkeiten suchen, um noch mehr zurückzugewinnen zu können.

Teuscher: Beim Recycling sind wir in der Schweiz sicher gut, aber wir sind mit einer Recyclingquote von 54 Prozent nicht Spitze und haben noch Steigerungspotenzial. Deutschland recycelt 64 Prozent, San Francisco über 80 Prozent. Das können wir uns auch zum Ziel setzen. Immerhin gibt es Schritte in die richtige Richtung, zum Beispiel kann ich bei vielen Grossverteilern nun meine Kunststoffflaschen zurückgeben. Es gibt noch viele andere Stoffe, die besser recycelt werden können. Mit der Initiative setzen wir aber noch früher an: Ziel muss es sein, weniger Abfall zu produzieren. Wir müssen beginnen, intelligent in Stoffkreisläufen zu denken. Das ist eine Chance für die Schweiz. Auch beim Export: Hochwertige, langlebige Swissness-Produkte haben Zukunft auf dem Weltmarkt.

Lanz: Ich kann Ihnen versichern, dass die Unternehmer tagtäglich schauen, was sie noch besser machen können. Ressourceneffizienz und Energieeffizienz sind unternehmerische Anreize. Wer eine höhere Effizienz hat, hat einen Wettbewerbsvorteil. Ich zweifle daran, dass ein paar Politiker in Bundesbern dies besser wissen als die Unternehmer selber.

Teuscher: Es geht nicht darum, dass die Politik den Unternehmen mit dieser Initiative vorschreiben will, was sie machen müssen. Es geht darum, Ziele festzulegen und Anreize zu schaffen. Fakt ist: Die Ressourcen werden knapper, wir können so nicht mehr weitermachen. Die Initiative bietet eine grosse Chance. Der Bund investiert in die Forschung, fördert die Innovation. Die Wirtschaft hat die Möglichkeit, die Massnahmen selber zu entwickeln und umzusetzen. Einen weiteren Teil leistet die Bevölkerung.

Lanz: Die Initiative ist möglicherweise gut gemeint, aber für die Wirtschaft ganz bestimmt nicht attraktiv. Wir müssten zwei Drittel unseres heutigen Konsums einschränken. Und weil der Begriff Ressourcen nicht spezifiziert ist, heisst das: Einschränkung im Wohnbereich, in der Mobilität – Ferien im Ausland sind zukünftig gestrichen –, beim Energieverbrauch, einschneidende Vorschriften im Produktionsprozess und eine Steuerung über fiskalische Massnahmen. Ich sehe da sehr viele weitgehende Eingriffe und

nicht, dass es nur um Forschung und Innovation geht, welche man selbstverständlich fördern muss. Und: Der Bundesrat beurteilt es als «nicht möglich», bis 2050 den «Fussabdruck» von eins zu erreichen.

Teuscher: In der Umweltpolitik muss man ehrgeizige Ziele vorgeben, das haben wir in den 1970er-Jahren gesehen. Früher gab es Schaum in den Bächen und Abfallhalden, das haben wir heute nicht mehr. Auch die Luftverschmutzung haben wir reduzieren können. Und es steht übrigens nirgends in der Initiative geschrieben, dass man keine Ferien mehr machen könne.

Lanz: Dann zeigen Sie mir, wie man bei der Vorgabe eines ökologischen Fussabdrucks von eins noch Ferien im Ausland machen kann.

Teuscher: Warum nicht mit dem Zug in die Ferne schweifen? Es braucht Mut, neue Ideen zu lancieren. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als die Grünen mit der Debatte begonnen haben, man müsse mit der Energie effizient umgehen und erneuerbare Energien fördern. Da tönte es zurück, dies sei unmöglich und man könne auch nicht auf Atomstrom verzichten. Wenn man sich anschaut, was in den letzten zehn Jahren im Energiebereich passiert ist – das hätten viele nicht geglaubt. Die schweizerische Energiepolitik ist umgekrempelt worden. Ein anderes Beispiel: Vor fünf Jahren hat noch kaum jemand über Food Waste diskutiert. Heute beschäftigt dieses Thema die Bevölkerung und die Wirtschaft. Dank der Initiative kann der Bund hier Reduktionsziele festlegen.

Lanz: Dieses Beispiel zeigt doch gerade: Wieso sollten wir mit einer Initiative dem Bund eine Grundlage schaffen, um nach Belieben mit Vorschriften und Rationierungen einzugreifen? Beim Thema Food Waste gab es keine Initiative, keinen Artikel in der Bundesverfassung. Die Sensibilisierung hat ausgereicht, um den Leuten klarzumachen, dass es doch nicht sein kann, dass man so viel wegwirft. In der wirtschaftlichen Produktion ist dies professionell aufgegleist und tagtäglicher Job von Produktmanagern. Sie überlegen sich jeden Tag, wie ein Produkt von gleichwertiger Qualität mit noch weniger Ressourcen hergestellt werden kann.

«Schweizer Gemeinde»: Die Revision des 30 Jahre alten Umweltschutzgesetzes beinhaltet einen Ressourcenansatz. Economiesuisse hat die Gesetzesrevision allerdings auch abgelehnt.

Franziska Teuscher



Bild: Iris Krebs

Franziska Teuscher wurde 2013 in den Gemeinderat der Stadt Bern (Exekutive) gewählt. Die 58-Jährige ist Vorseherin der Direktion für Bildung, Soziales und Sport. Sie hat Biologie und Umweltwissenschaften studiert. Von 1995 bis 2013 politisierte sie für die Grünen im Nationalrat, von 2008 bis 2012 war sie Co-Vizepräsidentin der Grünen Partei Schweiz. pb

Lanz: Nicht jede Umweltgesetzrevision muss schlecht sein. Aber diese war nicht durchdacht, nicht zielführend und hätte unseren Unternehmen nur geschadet. Deshalb hat Economiesuisse die Revision in dieser Form abgelehnt. Aus unserer Sicht müsste man aufzeigen, wo im Schweizer Umweltbereich etwas nicht richtig funktioniert oder es Probleme gibt, z.B. Littering. Dann analysiert man die Situation und entscheidet sich für eine geeignete Massnahmen – und fordert nicht einfach einen neuen Verfassungsartikel.

Teuscher: Sie verschliessen sich der Thematik und sagen, der Markt werde es richten. Doch der Markt wird es eben nicht richten. Sonst wären wir heute weiter. Sie können die Probleme vielleicht etwas hinausschieben, aber Sie können sie nicht aus der Welt schaffen.

«Schweizer Gemeinde»: Gibt es denn nicht auch ein Marktversagen?

Lanz: Das Marktversagen findet dort statt, wo die Ressourcen aus dem Boden geholt werden. Weltweit machen sich Ökonomen Gedanken dazu, wie man ein solches Marktversagen besser in den Griff bekommt. Wir müssen einen global umspannenden Mechanismus finden, bei dem die Fördergebiete miteinbezogen werden. Alles andere nützt nichts. Mit der Digitalisierung ist aktuell eine grosse Veränderung im Gang. Mit 15 Jahren habe ich mir eine grosse Stereoanlage mit grossen Boxen gekauft. Heute habe ich ein kleines Smartphone, das ungefähr das Hundertfache der damaligen Stereoanlage leisten kann. Und es braucht viel weniger Ressourcen als die Stereoanlage, die damals ein riesiger Materialberg war. Das heisst, wir werden immer effizienter, und der Konsum wird immer virtueller, sodass wir in Zukunft gar nicht mehr so viel real konsumieren müssen.

Teuscher: Wir haben vor zehn Jahren nicht Ressourcen von fünf Erden gebraucht und sie bis heute auf drei Erden reduziert. Sondern wir haben unseren Ressourcenverbrauch in den letzten zehn Jahren gesteigert und sind jetzt beim Ressourcenverbrauch von drei Erden angelangt. Weil gewisse Produkte billig geworden sind, besitzen wir das X-Fache davon. Früher gab es in einem Haushalt einen Fernseher – heute hat man vielerorts mehrere. Unser Ressourcenverbrauch steigt stark, und das ist schlicht nicht nachhaltig.

«Schweizer Gemeinde»: Das Thema Suffizienz ist generell, nicht nur bei den Ressourcen, in aller Munde...

Teuscher: Wir müssen unser Verhalten kritisch hinterfragen. Brauchen wir denn immer mehr? Macht es uns zufriedener, wenn wir immer mehr konsumieren? Dies ist eine interessante Diskussion. Die Initiative «Grüne Wirtschaft» ist aber keine Suffizienz-Initiative. Eine solche würde anders aussehen. Ich möchte, dass kommende Generationen überall auf der Welt eine faire Chance haben. Mit unserer Initiative wollen wir etwas zu einer sozial gerechteren Welt beitragen, in der auch arme Länder eine Chance auf Entwicklung haben.

Lanz: Diese Diskussion finde ich auch interessant, sie hat aber nichts mit der Initiative zu tun. Letztlich muss jeder selber wissen, was er für richtig hält oder nicht – wie beim Food Waste eben auch. Ich persönlich finde es erstrebenswert, von möglichst wenigen materiellen Ressourcen abhängig zu sein. Das gibt einem Freiheiten.

Teuscher: Die Initiative behandelt ausserdem die Frage der Importe. Wenn wir die Importe an ökologische Standards binden, verkleinern wir unseren Fussabdruck, machen aber auch etwas in den Herkunftsländern. Wir wollen nicht, dass durch unseren Palmöl-, Holz- oder Sojakonsum Böden und Ökosysteme zerstört werden. Die Leute vor Ort sollen auch die Chance haben, eine Wirtschaft aufzubauen, die nachhaltig ist.

Lanz: Wenn man aus der Schweiz eine grüne Insel machen will, landen wir wieder beim Wirtschaftsverständnis des Mittelalters, beim Protektionismus, wo jeder nur für sich schaut. Wir hätten durch diese Abschottung massive Probleme mit unseren Handelspartnern. Man würde einen extremen Schaden davontragen. Da würden wir besser einen Zertifizierungsstandard einführen.

Teuscher: Das ist ein gutes Stichwort. Die EU hat Richtlinien, damit kein Holz, das illegal geschlagen wurde, importiert wird. Dem könnten wir uns in der Schweiz doch anschliessen. Aber Sie wären wohl der Erste, der dagegen wäre.

Lanz: Wir haben heute in der Schweiz bereits hohe Standards beim Holz. Die meisten Schweizer Unternehmen produzieren nur zertifiziertes Holz. Hingegen verunmöglicht der Zwang, auf jedem Baumstamm ein Zertifikat zu haben, dem Bauern, selber im Wald einen Baum zu schlagen und diesen einfach dem Nachbarn zu verkaufen. Das beeinträchtigt das Lokalgewerbe unnötig.

Teuscher: Das Lokalgewerbe würde dank der Initiative für eine grüne Wirtschaft gestärkt. Schweizer Holz wird heute viel zu wenig gebraucht. Man könnte beispielsweise viel mehr Holz als Baumaterial einsetzen.

Lanz: Soll der Staat festlegen, welches das beste Baumaterial ist?

Teuscher: Der Staat soll Ziele für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft vorgeben. Denn Nichtstun wird teurer. In der schweizerischen Politik gilt fast überall das Subsidiaritätsprinzip, womit die Wirtschaft, aber auch Kantone und Gemeinden einen grossen Spielraum für den Vollzug haben.

Gespräch: Michael Bützer und Philippe Blatter

Kurt Lanz



Kurt Lanz ist seit 2012 Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse. Er ist Leiter des Bereichs Infrastruktur, Energie und Umwelt. Der 44-Jährige hat Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (Volkswirtschaft, Soziologie) studiert und einen ausserfakultären Leistungsnachweis in Ökologie und Psychologie erworben.

pb